

Der Starke trägt die Last

VON JOSEF JOFFE

Warum muß Kanzler Schröder das richtige Anliegen immer wieder in so falscher, ja verheerender Sprache verbreiten? Schon bald nach dem Regierungsantritt schimpfte er über die deutschen EU-Beiträge, die in Brüssel „verbraten“ würden. Hernach hieß es: Schluß mit der Ausbeutung! Wörtlich: „Die Krise wird gelöst, indem Deutschland sie bezahlt – diese Politik ist jetzt an ihr Ende geraten.“ Und zum Wochenbeginn klang es geradezu weinerlich: „Jeder unserer EU-Partner darf nationale Interessen deutlich vertreten, nur wir Deutsche dürfen das anscheinend nicht.“

So zu reden, um von dem Zyniker Talleyrand zu borgen, ist nicht bloß Unsinn; es ist ein Fehler. Denn das ist die Sprache der Raunerei und des Ressentiments, die normalerweise nur ganz rechts zu hören ist. Kein deutscher Kanzler, und schon gar nicht ein sozialdemokratischer, sollte diesem verlotterten Affen Zucker geben. Denn das legitimiert Irrationalismen, die dem Land nur zum Schaden reichen können; es drückt dem mit Verfolgungswahn angereicherten Selbstmitleid, das so gerne am rechten Rand gehätschelt wird, auch noch den Gütesiegel mit dem Bundesadler auf.

Doch jenseits irgendwelcher volkspädagogischen Erwägungen ist sie ganz falsch – diese Vorstellung von den ausgebeuteten Deutschen, die ihre nationalen Interessen politisch korrekt auf dem Altar der Selbstverleugnung opfern müssen. Noch nie haben die Deutschen in Europa ihre Interessen verraten und verkaufen müssen. Richtig ist nur zweierlei: Niemand hat in der Nachkriegszeit mehr von Europa profitiert als die Deutschen. Und: Wenn sie gezahlt haben – was gewiß häufig genug vorkam – war der Gewinn stets größer als die Einlage. Europa war also auch gut fürs Geschäft.

Wie man das beweist? Fangen wir am Anfang an, 1951, mit der Montanunion – einem unglaublichen Geschenk für Westdeutschland. Denn nun – und erst recht mit der EWG – bekam das industrielle Herzland im Westen die Märkte zugeschanzt, die es im Osten verloren hatte, praktisch auf dem Silbertablett. Das exportinduzierte „Wirtschaftswunder“ – ohne die Integration wäre es ein trister Traum geblieben. Aber auch auf dem Agrarsektor bewirkte Europa Wunder – verhalfen doch die reichen Subsidien aus Brüssel der ineffizienten deutschen Landwirtschaft zu einem viel längeren Überleben als volkswirtschaftlich vertretbar war und ist. Man darf es auch freundlicher ausdrücken: Der gewaltige Subventionsapparat hat den Deutschen vor allem Zeit verschafft – fünfzig Jahre, in denen der Anteil der Land- und Forstwirte von etwa 25 auf unter drei Prozent der Erwerbstätigen zurückging – friedlich und ohne gewaltsame Verwerfungen.

Muß es aber so viel sein – ein deutscher Nettobeitrag von 22 Milliarden Mark? Die Frage ist richtig und rechtens, umso mehr, als dies das Vierzehnfache des französischen Nettobeitrages von gerade mal anderthalb Milliarden ist. Muß Frankreich knapp 18 Milliarden an Bauernsubventionen einstreichen – fast ein Viertel des gesamten EU-Agrarbudgets? Müssen die Kohäsions- und Strukturfonds noch heute das reiche Italien und das immer weiter aufholende Irland alimentieren?

Diese Zahlen sprechen für sich, und sie widerspiegeln ein Solidaritätsprinzip, das sich von den abkassierenden Ländern nur unter den allergrößten Verrenkungen rechtfertigen läßt. Aber das Problem ist bekannt: Auch die reiche „Südchiene“ der Bundesrepublik möchte nicht auf ewig Sozialhilfe für Saarland und Bremen bezahlen. Nur: Besitzstand ist Besitzstand – ob unter Bundesländern oder Staaten, und das hat Kanzler Schröder mit aller Wucht auf dem jüngsten EU-Gipfel von Bonn zu spüren bekommen.

Die Privilegienwirtschaft in der EU abzubauen, kann – ebenso wie im eigenen Land – nur millimeterweise funktionieren. Dies zu konstatieren, heißt nicht, das Monstrum zu verteidigen. Im Gegenteil: Das gierige Geschöpf gehört heute noch mehr geschlachtet als je zuvor, weil nur die Reform des untragbar gewordenen Privilegiensystems die Agenda 2000 und die Erweiterung nach Osten ermöglichen kann. Die Frage ist nur: Wie?

Auf keinen Fall mit larmoyanten oder ressentimentsfördernden Selbstmitleidsbekundungen. Aber auch nicht mit der Methode des „Hoppla, hier komm ich“. Denn wer am meisten von einem gemeinschaftlichen Unternehmen profitiert, wer der stärkste im Bunde ist, wird naturgemäß die größere Last und Verantwortung tragen müssen. Denn es gilt auch die Umkehrung von „Wer zahlt, schafft an“ – also: Wer führen will, muß auch mehr einbringen. In der NATO ist es übrigens genauso gewesen: Die Führungsmacht USA hat stets mehr für Wehr und Waffen ausgegeben als alle anderen. Nur soll man darob nicht bittere Tränen vergießen: Die Großen zahlen zwar mehr, kriegen aber auch mehr.

Wie die Ungerechtigkeit abbauen? Wie immer in der Politik: durch das Zusammenschirren von Koalitionen, durch den Kuhhandel, durch das geduldige Do-ut-des. Je weniger die Deutschen dabei ihre Wehleidigkeit zu Markte tragen oder mit markigen Sprüchen brillieren, und je mehr sie das Gesamtinteresse Europas betonen, desto erfolgreicher werden sie sein. Kleine Länder wie Irland oder Portugal dürfen egoistisch sein. Eine Großmacht aber zeichnet sich dadurch aus, daß sie zugleich mit den eigenen Interessen die des Ganzen zu verwirklichen sucht.